

Tagesordnung 1 Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 08.06.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0034

Umsetzung des SGB II

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2005 -

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, aufgrund der bisherigen Vorarbeiten (insb. Sitzungsvorlage 05-V-51-0014) dem Ausschuss

1. eine Einschätzung vorzulegen, wie viele der erwerbsfähigen Personen im SGB II voraussichtlich
+ in den ersten Arbeitsmarkt integriert
+ bzw. in neue Qualifizierungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen gegen
Zahlung einer Mehraufwandsentschädigung vermittelt
+ bzw. in gemeinnützige und zusätzliche Arbeit beschäftigt werden können;

2. über das Konzept bezüglich nachhaltiger bewerberorientierter Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern in den ersten Arbeitsmarkt (u.a. im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen) zu berichten;

3. zu berichten, in welchen Aufgabenbereichen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden Qualifizierungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen gegen Zahlung einer Mehraufwandsentschädigung in welchem Umfang bereits geschaffen wurden bzw. noch geplant sind und wie hoch der Magistrat den jeweiligen Bedarf einschätzt.

Beschluss Nr. 0164

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2005 wird in der folgenden fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten, aufgrund der bisherigen Vorarbeiten (insb. Sitzungsvorlage 05-V-51-0014) dem Ausschuss

1. eine Einschätzung vorzulegen, wie viele der erwerbsfähigen Personen im SGB II voraussichtlich *bis 31.12.2005*
+ in den ersten Arbeitsmarkt integriert
+ bzw. in neue Qualifizierungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen gegen
Zahlung einer Mehraufwandsentschädigung vermittelt
+ bzw. in gemeinnützige und zusätzliche Arbeit beschäftigt werden können;
2. über das Konzept bezüglich nachhaltiger bewerberorientierter Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern in den ersten Arbeitsmarkt (u.a. im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen) zu berichten;
3. zu berichten, in welchen Aufgabenbereichen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden Qualifizierungs- bzw. Beschäftigungsmaßnahmen gegen Zahlung einer

Mehraufwandsentschädigung in welchem Umfang bereits geschaffen wurden bzw. noch geplant sind und wie hoch der Magistrat den jeweiligen Bedarf einschätzt.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 13.07.2005

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2005

Winkelmann
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2005

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat III und
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister